

Rechnungsprüfung löst Befremden aus

Arnbrucker Gemeinderat wundert sich über Beanstandungen der Rechtsaufsicht

Arnbruck. Die Steuerhebesätze bleiben in Arnbruck unverändert. Die Grundsteuern A und b für landwirtschaftliche Flächen und Baugrund oder Bauerwartungsland bleiben bei 380 vom Hundert (v. H.) und die Gewerbesteuer bei 330 v. H. Damit liegt Arnbruck unter dem Landkreisdurchschnitt.

Vor vier Jahren hat die Gemeinde Arnbruck die Aufgaben des Standesamtes an die Gemeinde Drachselsried übertragen und dafür die EDV-Betreuung übernommen. Durch die Einstellung eines gemeinsamen EDV-Betreibers für die ILE-Gemeinden Arnbruck, Drachselsried, Bodenmais und Langdorf wurde diese Vereinbarung nichtig. Nach einer Übergangszeit von einem Jahr musste eine dauerhafte Regelung getroffen werden. Die Bürgermeister Hermann Brandl und Hans Hutter sowie die Geschäftsleiter Hans

Graßl und Josef Freimuth hatten unter Beteiligung des Standesbeamten Hans Geiger die Details ausgehandelt und den Gemeinderäten vorgelegt. Demnach orientiert sich die Kostenerstattung künftig an einer im Finanzausgleichsgesetz des Freistaates Bayern festgelegten Pauschale und den Einwohnerzahlen. Die Laufzeit der Zweckvereinbarung beträgt drei Jahre. Dem stimmte der Gemeinderat geschlossen zu.

Bei der Behandlung der überörtlichen Rechnungsprüfung hatten die Gemeinderatsmitglieder erheblichen Diskussionsbedarf. Besonders der Kostenersatz der Feuerwehreinsätze löste Befremden aus. Einerseits wurde die Ehrenamtskarte eingeführt, um das Ehrenamt anzuerkennen, andererseits wird bemängelt, dass insbesondere Sicherheitswachen der

Feuerwehr bei örtlichen Veranstaltungen nicht abgerechnet wurden. Eine Rechnungsstellung hätte gegenüber den betroffenen Ortsvereinen seitens der Gemeinde für die Leistungen der Feuerwehr zu erfolgen gehabt. Dazu kommt noch der Dokumentationsaufwand bei den Feuerwehren und den Gemeindebehörden.

Bemängelt wurde auch die seit 2007 unveränderte Hundesteuer, die bei 30 Euro und für Kampfhunde bei 60 Euro liegt. Mit zwei Gegenstimmen wurde die Hundesteuer um 10 Euro und bei Kampfhunden um 20 Euro erhöht.

Alle anderen Feststellungen werden künftig beachtet. Allerdings stieß die gesetzliche Bestimmung, dass nur 75 Prozent der Wegstreckenentschädigung bei Aus- und Fortbildungsreisen für Gemeindebedienstete erstattet werden dürfen, auf Unverständnis,

denn bei einer Anfahrt von 100 Kilometern dürfen nur 75 Kilometer bezahlt werden.

Bürgermeister Hermann Brandl berichtete, dass die Genobank und die Sparkasse Anträge auf Entfernung von Bäumen vor ihren Anwesen gestellt haben. Dies wurde vom Gemeinderat auch beauftragt. Weiter berichtete er, dass die Zahlen für die Anmeldungen für den Kindergarten St. Josef und die Kinderkrippe positiv seien und eine Erweiterung ins Auge gefasst werden muss. Ein Hemmschuh dabei sei aber, dass der Kindergarten von der Kirche betrieben werde und keine zwei Projekte in einer Gemeinde gleichzeitig gefördert werden, denn die Renovierung des „Kirchei“ zum 375-jährigen Jubiläum im nächsten Jahr wurde schon angemeldet. – er